

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 848 ppbn d

Inhalt

Manfred Reimann MdB nimmt die Schulden Stoltenbergs unter die Lupe: Vom Sparkommissar zum Schuldenmacher. Seite 1

Dokumentation:

Unter dem Titel „Chancen und Risiken der Entspannung“ hielt SPD-Präsidiumsmitglied Dr. Erhard Eppler auf dem Evangelischen Kirchentag der DDR einen Vortrag, den wir in drei Teilen dokumentieren. Wortlaut (Teil III und Schluß). Seite 4

42. Jahrgang / 128

10. Juli 1987

Vom Sparkommissar zum Schuldenmacher

Stoltenberg gibt beschäftigungspolitische Spielräume auf

Von Manfred Reimann MdB

Erstaunlicherweise ist in den vergangenen Jahren der Finanzminister Stoltenberg immer wieder als der große Sparkommissar der Nation verherrlicht worden, obwohl er klammheimlich mehr Schulden gemacht hat als jede andere Bundesregierung zuvor. Nachdem Herr Stoltenberg nun nicht mehr in der Lage ist, seine Schulden zu verheimlichen, schwenkt er um und erklärt, es komme darauf an, wofür eine Regierung Schulden macht.

Waren die Schulden der Sozialdemokraten nach Meinung Stoltenbergs gemachte Schulden für das berühmte soziale Netz, um die Menschen gegen die Wechselfälle des Lebens abzusichern, sind die jetzigen Schulden der Regierung gemachte Schulden, die die Wirtschaft und die Konjunktur ankurbeln. Waren die Schulden der Sozialdemokraten im Rahmen ihrer Sozialpolitik somit schlechte Schulden, sind die Schulden von der jetzigen Regierung natürlich gute Schulden. Selbst wenn man von der Hirnrissigkeit solcher Argumentation ausgeht, ist es doch wichtig, einmal die sogenannten guten Schulden des Herrn Stoltenberg näher zu betrachten. Mit Stoltenberg-Schulden erhalten circa 140.000 Bundesbürger Steuerentlastungen in Milliardenhöhe, wobei als Beispiel dienen mag, daß jeder Bundesminister eine durchschnittliche Steuer-senkung von 20.000 DM im Jahr, der Herr Bundeskanzler sogar 30.000 DM im Jahr hat, dagegen eine ledige Verkäuferin mit einem Jahresbruttoeinkommen von 24.000 Mark nur 463 DM. Einkommensmillionäre erhalten sogar Steuergeschenke von über 40.000 Mark im Jahr und mehr.

20.000 DM Steuererleichterung im Jahr für einen hohen Einkommensbezieher ist mehr als viele Familien in der Bundesrepublik

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Ermöglicht Umwelt
mit recyceltes Recycling-Papier



für Ihren Lebensunterhalt im Jahr ausgeben können. Hier noch von einer konjunkturankurbelnden Maßnahme zu sprechen, ist Zynismus. Denn konjunkturankurbelnd wirkt das Geld in dem Fall nur, wenn es ausgegeben wird für Kaufkraft und Konsum. Aber das tut nur jemand, der das Geld für diesen Konsum zum Lebensunterhalt braucht. Ein Millionär wird 40.000 DM Steuersenkung sicherlich nicht in die Anschaffung eines Kühlschranks, Fernsehers oder Kleinwagens stecken, sondern bestenfalls in festverzinsliche Wertpapiere oder sonstige Kapitalanlagen. Vielleicht sogar im Ausland.

Insofern scheint Herrn Stoltenbergs Argumentation mehr als bedenklich, was soziale Gerechtigkeit angeht, aber was noch schlimmer ist, er gefährdet auch die gesamtwirtschaftliche Situation, denn die Haushaltsdefizite müssen wieder hereingeholt werden.

Dazu argumentiert Herr Strauß jetzt schon mit ausgleichenden Mehrwertsteuererhöhungen für die Finanzdefizite, ohne zu sagen, daß dies natürlich voll den kleinen Mann trifft. Herr Späth hat das Problem erkannt und argumentiert mit einem Überdenken der gesamten Steuerreform, nicht nur, weil sie ohne Befastung vieler unbezahlbar sei, sondern auch, weil die Gemeinden schon heute davor warnen, in neue Verschuldung zu geraten. Die ungerechte, finanzpolitisch größermwahnsinnige Steuerreform der Bundesregierung treibt nämlich Länder und Gemeinden in eine neue Verschuldung hinein. Die neue Finanzbelastung für die Gemeinden und Städte wird nach Schätzungen mehr als zehn Milliarden betragen, die somit auch den Gemeinden als Finanzierungsspielraum für notwendige Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verloren gehen, worunter nicht nur die Arbeitsplätze, sondern auch der gesamte Mittelstand und die Handwerksbetriebe erheblich leiden werden.

Werden allerdings die Städte und Gemeinden gezwungen, zur Notlösung zu greifen, das heißt, daß sie ihre Gewerbesteuer erhöhen, um ihren Finanzierungsausgleich wettzumachen, wird dies die Industrie wiederum hart treffen, denn die müssen dann die Gewerbesteuererhöhung finanzieren, was umgekehrt bedeutet, daß die Steuersenkung, die die Industrie erhalten würde, durch höhere Gewerbesteuerzahlungen nicht nur aufgesogen wird, sondern die Unternehmen noch mehr belastet als bisher und damit umgekehrte Wirkungen in der Industrie erzielt. Mit Sicherheit wirkt sich dies negativ auf Beschäftigung, Investition und Konjunktur aus. Diese Verzahnung scheint Stoltenberg nicht zu sehen, so daß er auch die Industrie nicht auf seiner Seite zur Steuerreform haben dürfte.



Wie sieht der Haushalt 1988 aus?

Der eingebrachte Haushalt hat folgende Eckwerte:

Ausgaben	275,0 Milliarden DM
Einnahmen	245,7 Milliarden DM
<hr/>	
Neuverschuldung	29,3 Milliarden DM

Wurde in den Jahren von 1983 bis 1986, also unter dem Finanzminister Stoltenberg, die Neuverschuldung des Bundes um 105 Milliarden DM aufgestockt, soll nach Planung des Bundesfinanzministers die Verschuldung in den Jahren 1987 bis 1990 um weitere 110 Milliarden ansteigen. Wären nicht zugleich circa 50 Milliarden DM Bundesbankgewinne abgeführt worden - ein Traumergebnis für diese Regierung - wäre die Verschuldung noch entsprechend höher gewesen.

Wenn dieser zu erwartenden Verschuldung Einhalt geboten werden soll, muß Stoltenberg nach den abgeschlossenen Landtagswahlen bis September - solange wird er sich nicht erklären - zu drastischen Mitteln greifen, seine Finanzierungsdefizite abzubauen. Diese Mittel sind sicherlich die von Strauß angekündigte Mehrwertsteuer, die vor allem die Arbeitnehmer mit geringer Sparquote, aber auch Rentner und Sozialhilfeempfänger besonders trifft. Sie müssen dann die Steuer geschenke der Spitzenverdiener finanzieren. Die Arbeitnehmer kann es insofern gleich mehrfach treffen, denn sie müssen auch mit dem Abbau von Weihnachtsfreibeträgen, steuerfreien Nacht- und Feiertagszuschlägen, mit dem Abbau der Bausparförderung und anderem mehr rechnen. Insgesamt werden uns also für die nächsten Jahre harte Maßnahmen begleiten, insbesondere im gesamten sozialpolitischen Bereich bis hin zur Rentenrestrukturierung.

Neben der klaren Erkenntnis, daß mit einer solchen Finanzierungspolitik die Bundesregierung ihre beschäftigungspolitischen Spielräume aufgibt, daß sie es versäumt, insbesondere bei der Städtebauförderung Mittel zusätzlich zur Verfügung zu stellen, um notwendige Maßnahmen der Dorf- und Stadterneuerung, des sozialen Wohnungsbaus und vieles andere mehr zu fördern, steht die unsinnige Steuerentlastung der Großverdiener. Diese geplante Steuerreform ist beschäftigungspolitisch somit unredlich, unsozial und ungerecht. Wir Sozialdemokraten werden diese unredliche Steuer- und Finanzpolitik auf keinen Fall mitmachen, wir werden in der anstehenden Haushaltsdebatte unsere politischen Positionen dagegen setzen und auf die verschärfende soziale Schieflage der Steuerreform hinweisen.

(-/10.7.1987/va-he/st)



DOKUMENTATION

Dr. Erhard Eppler: Chancen und Risiken der Entspannung

(Teil III)

SPD-Präsidiumsmitglied Dr. Erhard Eppler hielt auf dem Evangelischen Kirchentag der DDR in Ostberlin unter diesem Titel einen Vortrag, den wir in drei Teilen dokumentieren.

Heute will ich nur ein paar Anforderungen nennen, die zu solcher Friedensfähigkeit gehören. Ich nenne sechs:

1. Die streitenden Ideologien müssen die Offenheit aller Geschichte anerkennen. Auch wenn es möglich sein sollte - und darauf wird die östliche Seite bestehen -, daß durch wissenschaftliche Analyse Entwicklungstendenzen der einzelnen Gesellschaften und der Weltgesellschaft erkennbar zu machen sind, hat die Geschichte immer unzählige neue Chancen und Variationen parat, die kein Mensch vorhersehen kann. Einer kommunistischen These, daß der Geschichtsprozeß allgemein eine Tendenz zu sozialistischen Formen der unterschiedlichsten Art habe, von denen niemand weiß, wann, wo und wie sie verwirklicht werden, würde ich nicht widersprechen. Aber auch wer sie für falsch hielt, müßte darin keine Bedrohung seiner Existenz oder des Friedens sehen. Genausowenig müßten sich die Kommunisten bedroht fühlen durch die Überzeugung, irgendwann werde sich überall und in den verschiedensten Ausprägungen die Überlegenheit kapitalistischen Wirtschaftens und westlicher Demokratie durchsetzen.
2. Die streitenden Ideologien müssen anerkennen, daß sie, genau wie die Systeme, die sie rechtfertigen, der Zeit unterworfen und also veränderbar sind. Beide Systeme stehen heute vor Aufgaben, die sich ohne deutliche Veränderungen im System nicht bewältigen lassen. Im Osten ist dies durch Gorbatschow auf dramatische Weise klar geworden. Im Westen treibt die Überschuldung der Entwicklungsländer und die innere wie äußere Verschuldung der USA auf einen ähnlichen Tag der Wahrheit zu. Beide Systeme leben nach wie vor von einer Naturzerstörung, die sich nicht lange fortsetzen läßt.

Niemand weiß, wie die kapitalistische Welt oder die des real existierenden Sozialismus in zehn, zwanzig oder gar fünfzig Jahren aussehen. Nur eines ist sicher: Anders als heute. Es bedarf gar nicht der Konvergenz-Theorie, also der Behauptung, die Systeme bewegten sich aufeinander zu; es reicht die Feststellung: Ohne gründliche innere Reformen werden beide mit ihren Aufgaben nicht fertig. Sollte es wirklich so kommen, daß ein System im Wettbewerb Sieger bliebe, so wird es nicht mehr das System von heute sein.

Wer Geschichte als Prozeß der Veränderung begriff, kann die Alternative „Du oder ich!“, „Einer von uns beiden muß verschwinden“ so nicht mitvollziehen. Was am Ende übrigbleiben könnte, wird sehr weit entfernt sein von den beiden, wie sie sich heute darstellen. Diese simple Einsicht, von beiden Seiten anerkannt, kann das harte Entweder-Oder zumindest entkrampfen. Die Geschichte ist nach vorn offen.

3. Die streitenden Ideologien müssen die Vielfalt von Gesellschaftsordnungen anerkennen. Es ist kaum denkbar und noch weniger wünschbar, daß ein System oder gar eine Ideologie den Erdball uniformiert. So wie es heute von den USA bis Schweden und von Vietnam bis Jugoslawien unzählige Schattierungen von Systemen gibt, die auf Privateigentum an Produktionsmitteln oder auch auf deren Vergesellschaftung oder Verstaatlichung basieren, wird es auch künftig eine bunte Palette von Gesellschaftsformationen geben. Den uniformen Kapitalismus gibt es ebensowenig wie den uniformen Sozialismus. Es gehört wenig Phantasie zu der Vorhersage, daß die Vielfalt der Ordnungen noch zunehmen wird, wenn die Völker der Dritten Welt energisch auf ihr Recht pochen, den ihnen gemäßen Weg zu gehen. Die Welt hat mehr Farben und Schattierungen, als die Manichäer sehen können.
4. Die streitenden Ideologien und Systeme müssen ihre eigenen Defizite anerkennen. Noch nie seit Lenins Tod ist in der Sowjetunion so offen über die eigenen Defizite gesprochen worden wie auf dem 27. Parteitag der KPdSU. Sicher geht es dabei vor allem um Mängel in der ökonomischen Effizienz. Aber als Heilmittel wird nicht nur bessere Arbeitsdisziplin beschworen, sondern auch Reformen. Wenn man genau hinhört, so ist auch von Defiziten die Rede, die ich



im Bereich der individuellen Menschenrechte ansiedeln würde. Wenn Gorbatschow von „Fehlern in der Politik“ und „Subjektivistischen Abweichungen“ spricht, so ist dies die um Jahre nachhinkende öffentliche Kritik, die in der Sowjetunion die vorbeugende Kritik ersetzen sollte. Wenn er aber hinzufügt: „So ist das Leben nun einmal“, so deutet dies auf die Einsicht hin, daß es das fehlerfreie System und die über alle Kritik erhabene Politik nie geben kann.

Das sind Ansätze zu einer Selbstkritik, die im Westen meist von der Opposition besorgt wird. Allein die Arbeitslosigkeit von Millionen und der Zustand der Dritten Welt sind Hinweise auf epochale Fehlentwicklungen und ein dramatisches Defizit an sozialen Menschenrechten.

Worauf es in unserem Zusammenhang ankommt, ist das Eingeständnis der eigenen Mängel und der Wille, sie nach Kräften zu beheben, verbunden mit der Bereitschaft, auch von der anderen Seite zu lernen. Dies schafft zwar noch keinen Frieden, aber es wirkt einem manichäischen Weltbild entgegen.

5. Die streitenden Ideologien müssen anerkennen, daß es gemeinsame Aufgaben gibt, die noch wichtiger sind als der Streit.

In der Rede von Gorbatschow auf dem 27. Parteitag fällt auf, daß er von Aufgaben spricht, die der „ganzen Menschheit“ gestellt seien und „sie zum Zusammenwirken veranlassen“. Er nennt: Umweltschutz, Dritte Welt, sogar den Terrorismus. Und er sieht eine gemeinsame Aufgabe darin zu verhindern, daß „die Menschheit zur Geisel eines (militärtechnischen) Zufalls“ wird, daß also nicht mehr Menschen, sondern Computer über Krieg und Frieden entscheiden. Wieder diese motivierende Sorge, die wir schon kennen. Ich suche nach dem westlichen Staatsmann, der Gorbatschow in alledem beim Wort nimmt.

6. Die streitenden Ideologien und Systeme müssen sich um verbindliche Regeln für ihre Auseinandersetzung bemühen.

Beide Seiten sprechen immer wieder von Wettbewerb. Bisher findet er vor allem statt in Form des Rüstungswettlaufs. Wie soll statt dessen ein ökonomischer, kultureller, ideologischer Wettbewerb vonstatten gehen? Was soll sein Ziel sein? Darf er Vernichtungswettbewerb sein? Wenn nicht, wie können die Menschen auf beiden Seiten Nutznießer dieses Wettbewerbs werden? Gibt es so etwas wie eine friedensfähige internationale Kultur des politischen Streits? Läßt sich ein weltumspannendes, grenzüberschreitendes Streitgespräch über die Zukunft aller organisieren, ohne daß Existenzängste wach werden?

Gibt es Zusammenarbeit im Wettbewerb? Wettbewerb auch im Anpacken gemeinsamer Aufgaben?

Daß wir in diesem Punkt noch ganz am Anfang stehen, sollte niemanden bedrücken. Ich finde es ermutigend, daß wir überhaupt die Aufgabe zu definieren beginnen.

Die sechs Anforderungen an friedensfähige Ideologien setzen in Ost und West Umdenken voraus.

Aber ich behaupte: Beide Seiten können diesen sechs Anforderungen gerecht werden, ohne sich aufzugeben. Von keiner Seite wird damit etwas verlangt, was den Kern des jeweiligen Systems oder der jeweiligen Ideologien berührt.

V

Ich habe Tendenzen, Richtungen, Aufgabengebiete, Ziele für einen Prozeß benannt, den ich lieber nicht mit dem Wort Entspannung belegen, sondern als Weg zum Frieden bezeichnen möchte. Vielleicht könnten wir auch einfach von Friedenspolitik sprechen, wenn dieses Wort nicht so abgenutzt und mißbraucht wäre.

Dabei muß immer deutlich sein: Es geht nicht mehr um den errüstbaren Frieden, sondern um den politisch zu schließenden, mit dem Gegner zu vereinbarenden Frieden, der allen, allen Ländern und allen Menschen ihre Entfaltungschancen nicht nur läßt, sondern erweitert, jener Friede, in dem Gewalt abnehmen kann, weil Gerechtigkeit zunimmt, Gerechtigkeit zunehmen kann, weil Gewalt abnimmt, Mißtrauen abgebaut wird, weil Vertrauen wächst.

Ich kann an einen anderen Vortrag dieses Kirchentages anknüpfen, wenn ich sage: Es geht um den Beginn des Prozesses hin zum Schalom, zu dem Schalom, in dem alle heil, unversehrt, ganz, mit weniger Angst und mehr Hoffnung miteinander leben können.

Ich meine, es gibt eine Chance, diesen Weg zu betreten, einfach, weil alle anderen Wege an Abgründen enden, offenkundig und nachweisbar ins Nichts führen.

Aber eben: Mehr als eine Chance ist es nicht. Denkgewohnheiten zu ändern, die sich seit tausenden von Jahren von Generation zu Generation fortgepflanzt haben, das ist nichts Kleines, es gelingt auch nicht in ein paar Jahren.

Feindbilder sind so verführerisch bequem, weil sie den eigenen Haufen zusammenhalten und disziplinieren. Dazu werden sie erfunden. Und es gibt viele auf beiden Seiten, die jetzt Angst um ihre Feindbilder haben. Im Westen sind sie gegenwärtig lauter als im Osten. Ob sie auch zahlreicher sind, wird sich zeigen. Nur: Auf unsere, der Christen Hilfe, dürfen sie nicht hoffen. Wir müssen sie zur Rede stellen, zumal dann, wenn sie sich zur Kirche rechnen. Wir müssen noch klarer unterscheiden zwischen christlicher Friedensbotschaft und pseudochristlichen Ideologien, Ideologien, die ohne Feindbilder nicht lebensfähig sind. Wir müssen uns und andere an das Wort erinnern, mit dem vor dreißig Jahren Gustav Heinemann den Bundestag schockiert hat: Christus ist nicht gegen Karl Marx gestorben, sondern für uns alle." Dann können wir guten Gewissens Marxisten daran erinnern, daß Friede im Sinne von Schalom auch gerechte Entfaltungschancen für alle Menschen innerhalb eines Staates meint.

Gut, daß es innerhalb der Kirchen den konziliaren Prozeß gibt. Da werden wir auch die theologische Dimension dessen ausleuchten können, was politisch gemeinsame Sicherheit heißt. Ich meine, es könne für Christen nur ein Argument für die errüstbare und gegen die politisch vereinbarte, für den jeweils anderen gewollte, dem andern bewußt zugestandene Sicherheit geben: Daß der andere einfach nicht will, daß er total verstockt auf seine Waffen pocht und ihre Überlegenheit anstrebt. Aber was, wenn jener andere auf uns zukommt und mit uns Frieden schließen will? Gibt es da noch ein Argument, das sich auf das Evangelium stützen könnte?

Es steht übrigens nicht im Neuen Testament, sondern in Schillers Wilhelm Tell, daß der Frömmste nicht in Frieden leben könne, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Mit diesem Schiller-Wort ist schon fünf Jahre nach dem letzten Krieg bei uns die Wiederaufrüstung begonnen worden, und die Frage ging im Haßgebrüll unter, ob wir denn wirklich die Frömmsten seien und der Nachbar wirklich nur böse.

Heute wird bei uns - laut Umfragen - genau diese Frage auch von Leuten gestellt, die sie lange von sich gewiesen haben. Und ich hoffe, bei Ihnen ist es nicht anders.

Ja, es gibt Chancen für den wirklichen Friedensschluß. Das Risiko liegt im Mißlingen, in der Wut und Enttäuschung, der Entmutigung und Resignation, wenn er mißlingt. Aber dieses Risiko müssen wir immer eingehen, wenn wir etwas Großes anpacken. (-/10.7.1987/vo-he/st)

* * *

